

info 11 23

Zweimonatige Informationen der AG International Dorfen ★ Nov/Dez 2023

DIE LINKE und die Spaltung



Am 23. Oktober dieses Jahres sind 10 von 38 Bundestagsabgeordneten aus der Partei DIE LINKE ausgetreten. In der *jungen Welt* kommentierte den Vorgang Nico Popp: „Die Linkspartei ist als sozialistische Partei, die sie, wenn nicht ihren Taten, so doch ihrem Programm nach war, gescheitert. Der Hauptteil der Strömung, die auf Oppositionspolitik festgelegt war, verlässt jetzt die Partei, in der nun der Durchmarsch der »progressiven« Liberalen droht.“ Niemand von uns kann diese Entwicklung begrüßen. Sie war allerdings vorhersehbar, da sich die Konflikte in der Partei immer mehr zuspitzten. Es nur an inhaltlichen Kontroversen festzumachen, würde zu kurz greifen. Inhalt und Form

sind auch hier, wie so oft, nicht zu trennen. Es ist von außen schwer zu beurteilen, wie im Detail die Schuld am Auseinandertriften zu verteilen ist. Vermutlich hat man sich auf beiden Seiten nichts geschenkt. Wahlergebnisse, vor allem, wenn sie negativ ausfallen, tragen nicht unwesentlich dazu bei, Schuldige aufzuspüren. Bei der Wahl 2021 kam DIE LINKE bei einem Ergebnis von 4,9 Prozent nur über drei Direktmandate in den Bundestag. Bei der Europawahl 2019 waren es bereits magere 5,5 Prozent gewesen. Anstatt eine zielführende Analyse der Ursachen vorzunehmen, geriet immer mehr Sahra Wagenknecht (SW) ins Visier derer, die inzwischen den Parteivorstand dominieren, den sog. Bewegungslin-

ken. Die Auseinandersetzung verschärfte sich nicht zufällig an der Frage, wie sich die Partei im Krieg zwischen Russland und Ukraine positionieren soll. In Kriegszeiten sind dem Lavieren engere Grenzen gesetzt. Während der sog. Wagenknecht-Flügel für einen sofortigen Waffenstillstand und anschließende Friedensverhandlungen plädierte, und während die Vertreter dieser Position Waffenlieferungen strikt ablehnten und auch den Wirtschaftssanktionen gegen Russland nichts abgewinnen konnten, lehnte die Parteiführung eine eindeutige Festlegung ab. Für Außenstehende ist nicht klar erkennbar, wofür die Partei in dieser zentralen Frage tatsächlich steht. SW wurde für ihre Rede im Bun-

Allein machen sie dich ein ...

Deshalb solltest du dich mit Gleichgesinnten zusammentun, zum Reden, Lernen, Handeln - z.B. mit uns? Interesse? Dann schreib uns oder sprich uns auf Veranstaltungen an.

Das **info** der Arbeitsgemeinschaft International Dorfen erscheint jeden ungeraden Monat und ist gratis. Es liegt in Kneipen und Läden in Dorfen und Umgebung aus und kann auf [agi-dorfen.org/info](mailto:info@agi-dorfen.org) heruntergeladen werden.

Wer Termine oder Texte in diesem **info** veröffentlichen will, schickt dies bitte per Email an info@agi-dorfen.org. Wir behalten uns jedoch vor, zugesendetes Material aus inhaltlichen oder technischen Gründen nicht zu veröffentlichen.

Herausgeberin:
AG International Dorfen

Internet:
www.agi-dorfen.org

Kontakt:
info@agi-dorfen.org

V.i.S.d.P.:
Stefan Brandhuber
Mühlangerstr. 12
84405 Dorfen

*Eigendruck im
Selbstverlag*

destag, in der sie sich gegen die Sanktionen aussprach, aus den eigenen Reihen hart attackiert. Als sie dann im Februar dieses Jahres zusammen mit der Herausgeberin der Zeitschrift EMMA, Alice Schwarzer, eine große Friedenskundgebung in Berlin organisierte, verschärfte sich der Konflikt mit der Partei noch einmal. So heißt es in der Austrittserklärung der zehn Abgeordneten:

„Als Beispiel sei an den „Aufstand für den Frieden“ vom Februar 2023 erinnert. Es war die größte Friedenskundgebung der letzten knapp 20 Jahre. Zehntausende versammelten sich vor dem Brandenburger Tor. Obwohl, und gerade weil etwa die Hälfte der Bevölkerung den militärischen Kurs der Regierung ablehnt, hat sich das gesamte politische Establishment des Landes gegen die Kundgebung gewehrt und sie diffamiert. Statt uns in dieser Auseinandersetzung zu unterstützen, stand die Parteiführung der LINKEN Schulter an Schulter mit den anderen Parteien: Sie hat den Initiatoren der Kundgebung vorgeworfen, „rechtsoffen“ zu sein und war so Stichwortgeber für Vorwürfe gegen uns.“

Was tun, wenn das Tischtuch zerschnitten ist?

Spätestens ab diesem Zeitpunkt war das Tischtuch innerhalb der Partei endgültig

zerschnitten. Aber bereits zwei Jahre vorher hatte SW mit ihrem Buch „Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm für Gemeinsinn und Zusammenhalt“ die Debatte angeheizt. Der Kampf gegen den „Linksliberalismus“ nimmt in diesem Buch einen zentralen Stellenwert ein. Manche Sichtweisen in dem Buch kann ich nachvollziehen und unterstützen. Manche wiederum finde ich überhöht. Sei's drum. Wenn man nicht mehr miteinander kann, muss man sich trennen. Die Ausgetretenen wollen keinen Rosenkrieg, wie sie betonen. Nicht alle aus dem Parteivorstand sehen das auch so und treten nach. Um es an einem Beispiel festzumachen. Ates Gürpınar war bis 2022 Sprecher des Landesverbands Bayern. Seit 2021 sitzt er für die LINKE im Bundestag und ist einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden, also ein zentraler Funktionär. Der Frankfurter Rundschau sagte er unlängst: „Sahra Wagenknecht geht es nicht um linke politische Inhalte, sie will den Menschen nicht helfen. Sie sucht für sich selbst eine Plattform, zur Erzeugung persönlicher Reichweite für ihre Bücher und anderer Einnahmequellen. Das ist menschlich abgründig, aber der Prozess ist durch.“ Spricht man so über eine Genossin, die sich für die LINKE über Jahrzehnte abgerackert hat und immer mehr zu ei-

nem Gesicht der Partei wurde? Es ist dieser Umgang, der neben den inhaltlichen Differenzen, die Partei aushöhlte. Gregor Gysi sprach schon vor elf Jahren auf dem Göttinger Parteitag vom „Hass“, der in der Fraktion herrsche. Eine linke Partei, in der die Mitglieder so miteinander umgehen, zerstört sich selbst.

Ob nun die Linkspartei diese Existenzkrise überleben wird, wissen wir nicht. Mitglieder der Partei werden auch in Zukunft auf Gemeinde- Kreis und Landesebene, mit Schwerpunkt im Osten, aktiv sein. Die Aussichten, 2025 wieder in den Bundestag einzuziehen, werden insgesamt eher pessimistisch eingeschätzt.

Wie gehts weiter?

Was wissen wir bisher über die Vorhaben derer, die sich als „Bündnis Sahra Wagenknecht – Für Vernunft und Gerechtigkeit (BSW)“ in einem Verein zusammengetan haben? Man will in den kommenden Monaten die Gründung einer Partei vorbereiten. Der Antritt bei der Europawahl im Juni kommenden Jahres ist gesetzt. Ob daneben auch schon eine Beteiligung bei den drei Landtagswahlen im Osten realistisch ist, lassen sie offen. Bei der Aufnahme von Mitgliedern will man vorsichtig sein, da vermutlich politische Glücksritter in den Startlöchern stehen. Auch

im Landkreis Erding gibt es solche Geisterfahrer, die ihr Interesse zumindest andeuten. Wen will die Gruppe ansprechen? Im fünfseitigen Manifest heißt es, viele Menschen hätten „das Vertrauen in den Staat verloren“ und fühlten sich „durch keine der vorhandenen Parteien mehr vertreten“. Die neue Partei solle „diesen Menschen wieder eine Stimme“ geben. Lt. Umfragen könnte diese Partei den Höhenflug der AfD stoppen.

Aus dem Manifest ergibt sich, dass nicht die Absicht besteht, eine linke Klassenpartei zu gründen. Es geht eher um ein breites Mitte-Unten-Bündnis. Deshalb schließt das Manifest nicht überraschend: „Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der das Gemeinwohl höher steht als egoistische Interessen und in der nicht Trickser und Spieler gewinnen, sondern diejenigen, die sich anstrengen und gute, ehrliche und solide Arbeit leisten.“ Na, ja, politische Lyrik. Reißt nicht gerade vom Hocker. Ziel ist auch, eine repräsentative Leerstelle zu füllen, also eine klare Fixierung auf den Parlamentarismus. Davon kann man halten, was man will.

Schlechte Zeiten für hohe Ziele

Tatsache ist: Wir leben hierzulande in bewegungsarmen Zeiten. Der Organisationsgrad

und das Klassenbewusstsein der Gewerkschaften ist nicht so, wie es wünschenswert wäre. Das ist bedauerlich, aber so schnell nicht zu ändern. Vor 40 Jahren waren gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles Hunderttausende auf den Straßen. Ein nicht unbeachtlicher Teil dieser Friedensbewegten wechselten mit den Grünen die Seite oder resignierten. Deshalb wäre zumindest eine Partei, die in der Friedensfrage klare Kante zeigt und die Interessen der abhängig Beschäftigten und der Abgehängten im Parlament stärker vertritt, ein Schritt vorwärts.

Manche werden dagegen einwenden, dass das alles nicht reicht und doch nur Illusionen verbreitet werden. Aber was wäre mittelfristig die Lösung? Der von SW und anderen gestartete Versuch, die Repräsentationslücke zu füllen, kann misslingen oder im Parlamentsalltag versumpfen. Ja, das ist nicht auszuschließen. Aber ein Bundestag, in dem ab 2025 nur noch Parteien sitzen, die für Aufrüstung plädieren und dafür die abhängig Beschäftigten bluten lassen, wäre schwer erträglich. Resignation kann nicht die Antwort sein. Wir sind es den nachfolgenden Generationen schuldig, unseren Beitrag zu leisten.

he

Spaltprodukt BSW - Wohin geht die Reise?

Die linke Hängepartie hat nun ein Ende: Mit Sahra Wagenknecht haben neun weitere Bundestagsabgeordnete der Linken ihren Parteiaustritt erklärt und ihr neues Projekt unter dem Übergangstitel *Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)* vorgestellt. Die inhaltlichen Eckpunkte formuliert ein sogenanntes Manifest, das auch auf buendnis-sarah-wagenknecht.de zu finden ist. Das BSW hatte viele Monate Zeit sich inhaltlich aufzustellen und es ist davon auszugehen, dass dies mit ebensolcher Sorgfalt geschah, wie die Gründung des Vereins als Steuerungsmaßnahme für den eigentlichen Parteaufbau. Auch wenn die vier Kernthemen des Manifests maximal-fluffig mit „Wirtschaftliche Vernunft“, „Soziale Gerechtigkeit“, „Freiheit“ und „Frieden“ betitelt sind, die jeweiligen Ausführungen deuten dann doch an, wohin die Reise gehen soll. Empfehlenswert sind dazu auch Blicke in die FAQ der Website. Wer Wagenknechts politische

Entwicklung durch die Jahre verfolgt hat, dürfte nicht überrascht sein.

Es war einmal ...

Die Rahmenerzählung setzt in der Bundesrepublik am Vorabend der neoliberalen Zurichtungen an, also vor etwa 40 Jahren. Das war übrigens die Zeit, in der Wagenknechts heutiger Ehegatte Oskar Lafontaine als saarländischer Ministerpräsident der SPD und anschließend als Bundespolitiker große Popularität genoss. Damals, so der rosarote Blick zurück, habe sich der westdeutsche Sozialstaat noch am Gemeinwohl orientiert, Leistung habe sich noch gelohnt, Märkte hätten noch funktioniert und Politik wäre noch nicht von Konzernen gekauft oder beeinflusst gewesen. Letztlich müsse man wieder dorthin zurück, was nicht nur im Interesse der arbeitenden Bevölkerung sondern auch des sogenannten Mittelstands sei, den das Manifest wie der Bürgerliche Block von CSU bis Grüne als

Lokomotive wirtschaftlicher Prosperität feiert. Folglich lesen sich die wirtschaftspolitischen Vorschläge des BSW wie Passagen aus Reden von Lindner, Merz, Scholz oder Habeck: „Noch hat unser Land eine solide Industrie und einen erfolgreichen, innovativen Mittelstand. Aber die Rahmenbedingungen haben sich ... dramatisch verschlechtert. ...Die deutsche Industrie ist das Rückgrat unseres Wohlstands und muss erhalten bleiben. Wir brauchen wieder mehr Zukunftstechnologien made in Germany, mehr hidden champions ... Wir brauchen Zukunftsfonds zur Förderung innovativer heimischer Unternehmen und Start-Ups ... und eine Außenwirtschaftspolitik ... die unsere Versorgung mit Rohstoffen und preiswerter Energie sicherstellt.“

Neue soziale Kraft?

Bei soviel nationalem ‚Wir‘ und ‚unser‘ stellt sich die Frage, ob das BSW die Interessen der arbeitenden und armen Bevölkerung tatsächlich besser gegen die des Kapitals vertreten wird als die Linke, schließlich gilt das neben der Friedensfrage ja als DAS Leitmotiv für die Gründung der neuen Partei. Im Manifest und begleitenden Äußerungen werden jedoch keine Anhaltspunkte dafür geliefert: So tritt das BSW wie die Linke für eine stärkere Tarif-

bindung und leichtere Allgemeinverbindlichkeit ein. Wie die Linke spricht sich das BSW gegen Privatisierungen in den Bereichen der Daseinsvorsorge aus und beim Thema Leiharbeit fällt das BSW mit der Position „In der Leiharbeit müssen mindestens die gleichen Löhne wie in den Branchen gezahlt werden, in denen die Leiharbeiter eingesetzt werden.“ sogar hinter das von der Linken geforderte Verbot von Leiharbeit zurück. Auch die vorläufigen BSW-Ausführungen zur Bildung, zur stärkeren Besteuerung Vermögender oder zu Hartz IV und Grundsicherung lassen keine wesentlichen Unterschiede zwischen Linke und BSW erkennen. Das Image des BSW als neue soziale Kraft fusst also nicht auf ihr eigenen sozialpolitischen Positionen sondern darauf, dass sie Soziales neben Wirtschaft, und Frieden zu ihrem Schwerpunkt erklärt haben und der halt stärker hervortritt, wenn man andere Themen wie Klimawandel, Geschlechterfragen usw. ausblendet.

Klima retten gut und schön, aber...

Was sich die BSW-Autor:innen zum Thema Klimawandel einfallen haben lassen - oder besser was ihnen nicht eingefallen ist - ist nur noch beschämend. An der Klimapolitik der Ampel kritisieren sie nicht, dass sie weit

hinter den Pariser Zielen von 2015 zurückbleibt, sondern dass diese „... Energie schlagartig teurer“ machte und damit „unserem Land der Verlust wichtiger Industrien und hunderttausender gutbezahlter Arbeitsplätze“ drohe. Deutschland solle anstelle von „Blinde[m] Aktivismus und undurchdachte[n] Maßnahmen“, die „unsere wirtschaftliche Substanz“ gefährden und „das Leben der Menschen“ verteuern sich auf die Entwicklung innovativer Schlüsseltechnologien für eine klimaneutrale und naturverträgliche Wirtschaft der Zukunft“ konzentrieren. Oder wie sie es in einer FAQ-Antwort formulieren: „Wir befürworten Vorschläge, die mehr Klimaschutz bringen und gleichzeitig den Wohlstand unseres Landes nicht gefährden. Klimaschutzmaßnahmen, die die Menschen arm machen und den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährden, lehnen wir ab.“ An genau diesem Standortnationalismus der Länder des globalen Nordens scheitern bisher alle Klimakonferenzen.

Die Monopole der anderen

Eine wesentliche Ursache für viele Probleme in Dtl. wie marode Infrastruktur, Bildungsmisere, Pflegenotstand u.ä. sieht das BSW in der Entstehung von Monopolen, wobei Kartellbehörden versagt

DER POLITISCHE FILM

In der Reihe *Der politische Film* zeigen das Forum Links und die GEW Erding im Taufkirchener Kino den aktuellen Spielfilm „Das Lehrerzimmer“:



9.11.23 | 20 Uhr Das Lehrerzimmer

Carla Nowak (Leonie Benesch) tritt ihre erste Stelle als Sport- und Mathematiklehrerin an einem Gymnasium an. Als es an der Schule zu einer Reihe von Diebstählen kommt und einer ihrer Schüler verdächtigt wird, beschließt sie, der Sache eigenständig auf den Grund zu gehen. Dabei wird sie schonungslos mit den Strukturen des Systems Schule konfrontiert ... Vor dem Film gibt es eine kurze Einführung und danach die Möglichkeit zur Diskussion..

Nächster politischer Film am 14.12.23 ► forum-links.org/der-politische-film

hätten und die Politik sich von Lobbyisten kaufen habe lassen. Deshalb wolle das BSW „Marktmacht begrenzen und marktbeherrschende Konzerne entflechten.“ Und weiter: „Wo Monopole unvermeidlich sind, müssen die Aufgaben gemeinnützigen Anbietern übertragen werden.“ Was damit genau gemeint ist, wird wohl die Zukunft zeigen, sei es bei den ersten Programmdebatten oder einfach in der Praxis, wenn es z.B. darum geht, ob das Berliner Volksbegehren *Deutsche Wohnen & Co. enteignen* unterstützt wird oder nicht (siehe Artikel auf S.7).

Klar erkennbar ist aber bereits, dass der Anti-Monopolismus des BSW stark nationale Züge trägt: „Die deutsche Industrie ist das Rückgrat unseres Wohlstands und muss erhalten bleiben.“ Sie solle gestärkt werden anstelle „Milliardensubventionen für Konzerne aus Übersee“ zu leisten. Insbesondere die deutsche Autoindustrie soll im internationalen Wettbewerb nicht durch ein baldiges Verbrennerverbot Schaden nehmen sondern möglichst weiter weltweit die Stärke der deutschen Wirtschaft absichern. Folgerichtig beklagt das Manifest explizit die Marktmacht der US-Giganten Amazon, Apple, Meta, Alphabet, Microsoft und Blackrock (natürlich zurecht), nicht jedoch die von deutschen

Großkonzernen wie Siemens, SAP, Bayer oder Allianz. Hält das BSW Konzernmacht nur dann für schädlich, wenn deutsches Kapital nicht mit von der Partie ist?

„Mehr Zusammenarbeit, Souveränität und Frieden“

Die Außenpolitik wird im Manifest zwar hauptsächlich im letzten Abschnitt abgehandelt, ist aber von zentraler Bedeutung für die Abspaltung von der Linken und dürfte die neue Partei mindestens auf Bundesebene erstmal als Koalitionspartner von CDU, SPD, FDP, Grüne ausschließen. Widerspricht das BSW doch - und das halte ich für den Zustimmungsfähigsten Teil des Manifests - dem Aufrüstungskurs der NATO, Auslandseinsätzen der Bundeswehr und der Frontstellung gegen Russland. Damit könnte die neue Partei einem längst überfälligen Widerstand gegen den Aufrüstungskurs von Ampel und Christdemokraten auf die Beine helfen.

Einordnung und Ausblick

Es scheint, dass es sich bei der neuen Partei um ein im Kern sozialdemokratisches Projekt handelt, das eine etwas stärker regulierte Marktwirtschaft mit geringeren sozialen Unterschieden anstrebt. Privatkapitalistische Konkurrenz, Wirtschaftswachstum und Standortpolitik wird be-

fürwortet wobei die Gesellschaft gegen schädliche äußere Faktoren besser abschirmen werden soll: Gegen mächtige internationale Konzerne, gegen die politisch-militärische Dominanz der USA, gegen zuviel Einfluss der EU und gegen zu viele Flüchtlinge aus Kriegs- und Armutsgebieten. Alles in allem eine Mischung an Positionen, die wohl fürs Erste mit ‚sozialkonservativ‘ zutreffend bezeichnet ist.

Wie Andrej Hunko vom BSW jüngst in einem SoZ-Interview sagte, sei man bei dem Parteiprojekt auch inspiriert von der französischen Partei La France insoumise (~„unbeugsames Frankreich“), die als Nachfolgeorganisation der 2008 neu gegründeten Parti du Gauche („Linkspartei“) heute mit 72 Mandaten in der französischen Nationalversammlung sitzt und mit Jean-Luc Mélenchon eine mindestens so prägende Führungsfigur hat, wie das Bündnis mit Sahra Wagenknecht. Hunko weiter: „Auf dieser Grundlage sucht Mélenchon jetzt Bündnisse mit Kommunisten, Sozialisten oder auch den Grünen. Es erscheint mir auch in Deutschland sinnvoll, zumindest vorübergehend getrennt zu marschieren.“

Nu denn, wir werden sehen, welche Märsche in die gleiche Richtung gehen ...

SB

Volksbegehren reloaded

Neuer Anlauf zur Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne

Der Mietenwahnsinn geht auch unter der Ampel weiter. Besonders in Städten wirkt sich das steigende Defizit im Wohnungsneubau (2022: ca. -100.000, 2024: geschätzt -200.000), verheerend auf die Preise aus. Weil Forderungen nach Mietpreisbremse oder Mietendeckel nur wenig Entlastung versprechen, hat die Berliner Initiative *Deutsche Wohnen & Co. enteignen* vor einigen Jahren damit begonnen, das Problem grundsätzlicher anzugehen und die Eigentumsfrage zu stellen.

DW enteignen 1.0

Am 26.9.21 stimmten in Berlin bei einem parallel zur Bundestagswahl stattfindenden Volksentscheid über 59% für eine Vergesellschaftung von profitorientierten Wohnbaukonzernen mit mehr als 3000 Wohnungen. Ein Donnerschlag in Zeiten (neo-)liberaler Markt- und Profitbegeisterung, der nicht nur die Aktionäre von Deutsche Wohnen, Vonovia & Co. in Unruhe versetzte sondern auch

deren politische Freunde von CDU bis SPD. Franziska Giffey und ihre Hauptstadt-Sozis beendeten nach der Berlin-Wahl folglich die Koalition mit Grünen und Linken, v.a. letztere unterstützen den Volksentscheid, und kämpfen nun in einer Koalition mit der CDU dagegen an. Zunutze machen sie sich dabei den Umstand, dass der Volksentscheid keinen fertigen Gesetzesvorschlag beinhaltet sondern nur die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzes und dessen Umsetzung verlangt. Die formal zu diesem Zweck gegründete Kommission war faktisch aber ein Abstellgleis. Sie stellte in ihrem Abschlussbericht im Juni 2023 zwar fest, dass die Vergesellschaftung grundsätzlich möglich sei, musste aber der mittlerweile von CDU und SPD gebildeten Landesregierung die weiteren Schritte überlassen. Diese will nun nur ein Rahmengesetz erarbeiten und es vom Bundesverfassungsgericht prüfen lassen. Das Ziel ist unverkennbar: Den Volksentscheid von 2021 auszubremsten.

DW enteignen 2.0

Die Initiative *Deutsche Wohnen & Co. enteignen* startet deshalb einen erneuten, aber modifizierten Anlauf: Aufgrund der jahrelangen Befassung mit dem Thema Vergesellschaftung und den Vorarbeiten der Kommission traut sie sich nun zu, einen wasserdichten Gesetzestext auszuarbeiten. Würden Berliner:innen diesen abermals mehrheitlich befürworten, könnte er eben nicht wieder in einer Kommission begraben sondern müsste dann tatsächlich umgesetzt werden.

In einem ersten Schritt sammelt die Initiative nun Spenden für die Ausarbeitung des Gesetzestextes. Steht dieser, müssen wieder zunächst 20.000 und danach 180.000 Unterschriften (=7% der wahlberechtigten Berliner:innen) gesammelt werden, um den Volksentscheid, evtl. wieder parallel zu einer großen Wahl, zur Abstimmung zu bringen.

Der dem Volksentscheid namensgebende Konzern Deutsche Wohnen wurde übrigens mittlerweile vom Branchenprimus Vonovia geschluckt, der damit zum größten Immobilienkonzern Europas aufstieg. Im Interesse seiner Aktionäre hat er aber aktuell alle Bauvorhaben aufgrund der gestiegenen Baupreise auf Eis gelegt - und heizt damit die Mietpreise weiter an.

► dwenteignen.de

SB

Termine

Mehr Infos zu den Terminen sowie mögliche Aktualisierungen gibt's auf ► agi-dorfen.org/termine

3.-5.11.23

Linke Literaturmesse mit Buchvorstellungen, Diskussionen und großem Büchermarkt | Ort: Nürnberg
► linke-literaturmesse.org

5.11.23 | 15:00

Totalkapitalistische Privatstädte – und der Widerstand gegen sie. Zwei Aktivist:innen aus Honduras berichten
Ort: München, Ligsalz 8

6.11.23 | 20:00

Treffen AG International
Ort: Dorfen/Privat

9.11.23 | 20:00

Das Lehrerzimmer In der Reihe „Der politische Film“ zeigen Forum Links und GEW Erding einen Spielfilm von Ilker Çatak (siehe S. 5)
Ort: Kinocafé Taufkirchen
► forum-links.org/der-politische-film

12.11.23 | 16:00

Quartalstreffen der Rote Hilfe OG Landshut für Mitglieder und Interessierte
Ort: Dorfen, Johanniscafé NZ

13.11.23 | 19:30

Häufige Fragen zum Krieg in der Ukraine Offene Gesprächsrunde des Münchner Friedensbündnis
Ort: München, EineWeltHaus

14.11.23 | 18:00

Antifaschismus – notwendiger denn je?! Vortrag und Diskussion mit Prof. Klaus Weber
Ort: München, Aids-Hilfe e.V.

14.11.23 | 19:00

Die neue Blockkonfrontation Hochtechnologie. (De-)Globalisierung. Geopolitik
Vortrag von Ingar Solty
Ort: EineWeltHaus München und online
Veranstalter: isw München

19.11.23 | 19:00

Zeit wird's – Erinnern jetzt!
Podiumsdiskussion über Gedenken an NS-Widerstand in Burghausen
Ort: Burghausen, Hotel Bayerischer Hof

20.11.23 | 20:00

Treffen AG International
Ort: Dorfen/Privat

24.11.23 | 19:00

Polizei und Rassismus in Deutschland Vortrag mit Lea Pilone
Ort: München, Barrio Olga Benario

25.11.23 | 14:00

Demo am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen!
Ort: München, Georg-Freundorfer-Platz

1.12.23 | 19:00

Europa und seine Grenzen voller Gewalt Veranstaltung mit Charles Heller
Ort: München, Bellevue di Mon.

4.12.23 | 20:00

Treffen AG International
Ort: Dorfen/Privat

14.12.23 | 20:00

N.N. - Politischer Film des Forum Links
Ort: Kinocafé Taufkirchen
► forum-links.org/der-politische-film

18.12.23 | 20:00

Treffen AG International
Ort: Dorfen/Privat

8.1.24 | 20:00

Treffen AG International
Ort: Dorfen/Privat

**SOLIDARITÄT
VERBINDET**



ROTE HILFE
Ortsgruppe Landshut
landshut@rote-hilfe.de